

Protokoll

über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz am Mittwoch, 20.11.2013, 17:00 Uhr, im Rathaus II (Langendamm), Sitzungssaal, Zum Jadebusen 20, 26316 Varel.

Anwesend:

Ausschussvorsitzender:	Jürgen Rathkamp
stellv. Ausschussvorsitzender:	Bernd Redeker
Ausschussmitglieder:	Sascha Biebricher (zeitweise anwesend)
	Dirk Brumund
	Iko Chmielewski
	Abbes Mahouachi
	Djure Meinen
	Hannelore Schneider (zeitweise anwesend)
stellv. Ausschussmitglieder:	Karl-Heinz Funke
	Georg Ralle (zeitweise anwesend)
Ratsmitglieder:	Rudolf Böcker
	Peter Nieraad
	Dirk von Polenz
	Raimund Recksiedler (zeitweise anwesend)
Bürgermeister:	Gerd-Christian Wagner (zeitweise anwesend)
von der Verwaltung:	Wilfried Alberts (zeitweise anwesend)
	Matthias Blanke
	Olaf Freitag
	Dirk Heise (zeitweise anwesend)
	Jörg Kreikenbohm
Gäste:	Peter Bischoff (SHP) (zu TOP 6.1 ö.T.)
	Hinrike Böhm (NLStBV Hannover) (zu TOP 6.1 ö.T.)
	Frank Buchholz (NLStBV Aurich) (zu TOP 6.1 ö.T.)
	Jens Fries (NLStBV Hannover) (zu TOP 6.1 ö.T.)
	Ann-Kathrin Meyer (SHP) (zu Top 6.1 ö.T.)

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Tagesordnung
- 2 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 05.11.2013
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Anträge an den Rat der Stadt
- kein Tagesordnungspunkt
- 5 Stellungnahmen für den Bürgermeister

- 5.1 Planfeststellungsverfahren zum Ausbau der Bahnstrecke Oldenburg-Wilhelmshaven, 4. Abschnitt - Stellungnahme der Stadt Varel
- 6 Zur Kenntnisnahme
- 6.1 Vorstellung der Ergebnisse der verkehrswirtschaftlichen Untersuchung für die Region Varel im Auftrag der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr

Protokoll:

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Tagesordnung

Ausschussvorsitzender Rathkamp eröffnet die Sitzung und stellt die Tagesordnung fest.

Die Tagesordnung wird einvernehmlich um die Tagesordnungspunkte 2.1.2, 2.1.3 und 2.2.2 des nicht öffentlichen Teils einstimmig ergänzt.

2 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 05.11.2013

Das Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 05.11.2013 wird genehmigt.

Ratsherr Meinen bittet um Änderung des Protokolls vom 05.11.2013 zu TOP 5.1 – Änderung des Flächennutzungsplans im Bereich der heutigen Kuranlage Deichhörn und der Sandkuhle Ortschaft Dangast - Aufstellungsbeschluss.

Die im Protokoll enthaltene Aussage, dass der Flächennutzungsplan nicht mehr gilt ist so nicht gefallen.

Das Protokoll wird wie folgt geändert:

„Seiner Meinung nach kann der bestehende Flächennutzungsplan im Verhältnis zum Gesamtplan für einen derart kleinen Bereich nach sieben Jahren und einer komplett neu ausgerichteten Strategie durchaus geändert werden.“

Des Weiteren hat Ratsfrau Engstler darum gebeten, dass ihre Aussage zu TOP 5.1 der Sitzung vom 05.11.2013 ausführlicher dargestellt wird. Das Protokoll wird dahingehend geändert:

„Ratsfrau Engstler sieht die Möglichkeit, dass in der Dangaster Sandkuhle eine urbane Kulturlandschaft mit einer lockeren Bebauung entstehen könnte, die optisch reizvoll zu einer Bereicherung für Dangast werden könnte.“

Mit diesen Änderungen wird das Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 05.11.2013 einstimmig genehmigt.

3 Einwohnerfragestunde

Eine Einwohnerfragestunde findet mangels Wortmeldungen nicht statt.

4 Anträge an den Rat der Stadt - kein Tagesordnungspunkt

5 Stellungnahmen für den Bürgermeister

5.1 Planfeststellungsverfahren zum Ausbau der Bahnstrecke Oldenburg-Wilhelmshaven, 4. Abschnitt - Stellungnahme der Stadt Varel

Die Unterlagen zum Planfeststellungsverfahren für die Ausbaustrecke Oldenburg-Wilhelmshaven (4. Planabschnitt) liegen in der Stadt Varel in der Zeit vom 05.11.2013 bis 04.12.2013 im Auftrag der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr zur allgemeinen Einsichtnahme aus. Die Stadt Varel wurde aufgefordert Ihre Stellungnahme zu dem Planfeststellungsverfahren bis zum 18.12.2013 abzugeben.

Die zur Einsichtnahme vorliegenden Unterlagen umfassen 9 Ordner, in denen neben dem Erläuterungsbericht zum Planfeststellungsverfahren noch weitere Unterlagen zu folgenden Themenbereichen enthalten sind:

- Übersichtspläne,
- Bauwerksverzeichnis,
- Höhenpläne,
- Querprofile,
- Bauwerkspläne,
- Bahnübergänge,
- Grunderwerbsverzeichnis,
- Grunderwerbspläne,
- Landschaftspflegerischer Begleitplan,
- Umweltverträglichkeitsstudie,
- FFH Verträglichkeitsstudie,
- Schalltechnische Untersuchung,
- Elektromagnetische Verträglichkeit,
- Hydraulische Berechnungen,
- Geotechnische Gutachten,
- Grundwasseruntersuchungen.

Teile dieser Unterlagen haben laut DB AG nur informativen Charakter und sind nicht Bestandteil der Planfeststellungsunterlagen.

Der 4. Planfeststellungsabschnitt der Ausbaustrecke Oldenburg-Wilhelmshaven beginnt in Höhe des Tangermoorweges und endet auf dem Gebiet der Gemeinde Sande. Somit ist eine Strecke von ca. 2,5 km auf Vareler Stadtgebiet betroffen. Eine unmittelbare Nähe von Wohngebäuden zur Bahnstrecke ist in diesem Abschnitt nicht vorhanden.

Nach dem Erläuterungsbericht zum Planfeststellungsverfahren sind generell folgende Maßnahmen im Bereich des Planfeststellungsabschnittes 4 vorgesehen:

- Herstellung der durchgängigen Zweigleisigkeit
- Elektrifizierung der Strecke
- Erhöhung der Streckengeschwindigkeit von 100 auf 120 km/h
- Erweiterung der derzeitigen Streckenklasse D 4 (22,5 t Radsatzlast) auf D 4+ (23,5 t Radsatzlast)
- Ertüchtigung des Untergrundes für die gestiegenen Radsatzlasten und Geschwindigkeiten
- Einbau neuer Oberbauformen
- Erneuerung von Durchlässen und Eisenbahnbrücken
- Anpassung, Erneuerung oder Aufhebung (Bau von Ersatzwegen) von Bahnübergängen
- Erneuerung der technischen Ausrüstung
- Neubau von Schallschutzwänden

Die Planfeststellungsunterlagen beinhalten damit im Wesentlichen der Stadt Varel bereits aus dem 3. Planfeststellungsabschnitt bekannte Inhalte.

Die Durchführung der Maßnahmen ist gemäß Planfeststellungsunterlagen ab dem Jahr 2016 geplant.

Aufgrund des Umfangs der Unterlagen kann nur auf einige Aspekte der Planfeststellungsunterlagen eingegangen werden.

Betroffener Bereich der Stadt Varel:

Auf dem Gebiet der Stadt Varel beinhalten die Planfeststellungsunterlagen die Bahnstrecke in Höhe Tangermoorweg bis zu Gemeindegrenze Bockhorn.

Bahnübergänge:

Im 4. Planfeststellungsabschnitt liegen auf Stadtgebiet keine Bahnübergänge.

Lärmschutz:

Es sind im 4. Abschnitt keine weiteren Lärmschutzwände auf Vareler Stadtgebiet geplant.

Die Baumaßnahme soll wiederum ganztägig (24-Stunden-Betrieb) durchgeführt werden, um die Bauzeit so kurz wie möglich zu halten. Eine Beschränkung der Betriebszeit erscheint aufgrund der damit zusammenhängenden Verlängerung der Bauzeit nicht sinnvoll. Probleme durch Baulärm werden für die Stadt Varel im 4. Abschnitt nicht prognostiziert.

Baustelleneinrichtungsflächen:

Auf dem Vareler Stadtgebiet ist eine Baustelleneinrichtungsfläche (Lagerfläche) am Beginn des Planfeststellungsabschnittes zwischen Bahn und Autobahn sowie etwa auf halber Strecke zwischen Deichweg und Gemeindegrenze geplant. Eine Schotteraufbereitungsanlage ist auf Vareler Gebiet im Abschnitt 4 nicht vorgesehen.

Ratsherr Meinen fragt an, ob bereits Details zum Bauablauf bekannt sind. Verwaltungsseitig wird hierzu geantwortet, dass der detaillierte Bauablauf bislang nicht bekannt ist.

Ratsherr Meinen fragt des Weiteren, ob der Verwaltung bekannt ist, wann die Bau-

arbeiten des 3. Abschnittes enden werden. Verwaltungsseitig wird hierzu ausgeführt, dass die Bahnübergänge Zum Jadebusen und Dangaster Straße noch in diesem Jahr fertig gestellt werden sollen. Des Weiteren existiert eine Bewilligung der Schotteraufbereitungsanlage bis Mai 2014. Darüber hinaus ist nichts bekannt.

Beschluss:

Die Planfeststellungsunterlagen werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmiger Beschluss

6 Zur Kenntnisnahme

6.1 Vorstellung der Ergebnisse der verkehrswirtschaftlichen Untersuchung für die Region Varel im Auftrag der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr

Im Zuge der Planung zur A20 und Wahl der sogenannten Heubültvariante als Trasse für die weiteren Planungsschritte wurde im Jahr 2012 durch die Stadt Varel und die umliegenden Kommunen auf die dann weiterhin problematische Verkehrssituation in der Region hingewiesen. Das Nds. Verkehrsministerium und in der Folge die von ihr beauftragte Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr haben sich darauf hin entschlossen, eine verkehrswirtschaftliche Untersuchung in der Region Varel vorzunehmen, um durch weitere Maßnahmen nach Möglichkeit bebaute Bereiche in Varel und Umgebung vom Verkehr zu entlasten. Die Ergebnisse dieser verkehrswirtschaftlichen Untersuchung werden in der Folge vorgestellt.

Herr Fries von der Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr aus Hannover stellt anhand einer Präsentation (siehe Anlage) grundsätzliche Fakten zu der verkehrswirtschaftlichen Untersuchung vor. Er geht dabei auf die heutige Situation sowie die Historie und grundsätzliche Erwägungen im Rahmen verkehrswirtschaftliche Untersuchung ein.

Dabei stellt er heraus, dass es sich um eine Verkehrsuntersuchung handelt, die vorrangig das Bundesfernstraßennetz betrifft und lediglich den KFZ-Verkehr betrachtet.

Anschließend stellt Herr Bischoff vom Büro SHP die verkehrswirtschaftliche Untersuchung detailliert anhand einer Präsentation vor (siehe Anlage).

Er erläutert anhand von Plänen den aktuellen Zustand der untersuchten Straßen und zeigt das Verkehrsmodell mit dem Analysefall 2012 sowie dem Prognosefall 2025 auf.

In einer Mängelanalyse stellt er heraus, dass die B437 ein hohes Verkehrsaufkommen hat und mitten durch das Stadtgebiet von Varel führt. Auch das Schwerverkehrsaufkommen ist sehr hoch einzustufen. Hierdurch ergeben sich Beeinträchtigungen der anliegenden Nutzungen unter anderen durch Immissionen. Zudem sind einige Verkehrsunfallhäufungsstellen festzustellen.

Anschließend erläutert Herr Bischoff das Verkehrsmodell zum Bezugsfall 2025

unter Berücksichtigung des Ausbaus der A20 und erklärt, welche Wirkungen eine Ortsumgehung von Varel haben können. Dabei stellt er sechs verschiedene Varianten vor (2 nördliche, 4 südliche).

Herr Bischoff stellt in einem Variantenvergleich fest, dass die beiden nördlichen Varianten anhand der Kriterien verkehrliche Wirkung, Verkehrssicherung und Baukosten den südlichen vorzuziehen sind.

In der Gesamtbewertung aller Varianten wird die Variante Nr. 2 als Vorzugsvariante dargestellt.

Abschließend stellt Herr Bischoff das verkehrliche Gesamtkonzept in der Region Varel anhand von Folien dar.

Als Fazit der verkehrswirtschaftlichen Untersuchung erläutert er, dass sich durch den geplanten Bau der Küstenautobahn A20 das Verkehrsaufkommen auf der B437 deutlich verringern wird. Dies wird insbesondere bei dem Schwerlastverkehrsaufkommen spürbar sein. Die Umsetzung der Vorzugsvariante sowie ein Rückbau der Ortdurchfahrt bieten weitere Entlastungsmöglichkeiten für das Stadtgebiet von Varel. Gleichzeitig sieht er viele Vorteile, die eine Ortsumgehung bietet.

Ratsherr Meinen bedankt sich für die ausführliche Präsentation und stellt fest, dass das Ergebnis ausfällt, wie er es erwartet hat. Er stellt die Frage, ob auch untersucht worden ist, was passiert, wenn die A20 nicht realisiert wird. Hierzu führt Herr Fries aus, dass eine solche Untersuchung nicht stattgefunden hat, und diese auch nicht vorgenommen wird.

Ratsherr Böcker hält die Möglichkeit einer Ortsumgehung für positiv auch vor dem Hintergrund, dass gegebenenfalls Verkehre nach Dangast hierüber fließen könnten. Er schlägt des Weiteren vor, dass sogenannte Ostpreußenviertel an eine solche Ortsumgehung anzubinden.

Ratsherr Chmielewski äußert sich positiv über die Ergebnisse der verkehrswirtschaftlichen Untersuchung und stellt die Frage, wie die nächsten Schritte auszu- sehen haben. Frau Böhm von der Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr stellt dar wie das weitere Verfahren aussehen wird. Hierbei ist es zunächst wichtig, dass die Ortsumgehung in den Bundesverkehrswegeplan 2015 aufgenommen wird. Die Maßnahme wurde vom Land Niedersachsen bereits angemeldet. Der Bund wird im Rahmen einer Bewertung dann festlegen, ob diese Maßnahme in den Verkehrswegeplan aufgenommen wird. Sofern dies geschieht, kann eine weitere detaillierte Planung vom Land vorgenommen werden, sobald der Bund entsprechende Gelder bereitstellt. Hieran anschließend wäre ein Raumordnungsverfahren notwendig. Frau Böhm weist daraufhin, dass es sich hierbei um eine längere Planungsphase handeln wird. Sie stellt anhand der Planung zur A20 dar, dass mit einem Zeitraum von 10 Jahren und mehr zu rechnen ist.

Ratsherr Chmielewski fragt ergänzend, ob man seitens der Stadt Varel das Verfahren beschleunigen kann. Frau Böhm weist darauf hin, dass die Stadt Varel die Möglichkeit hat ihre Wünsche politisch positiv zu begleiten, indem zum Beispiel ein entsprechender Ratsbeschluss gefasst wird. Des Weiteren ist es wichtig, dass die Stadt Varel durch ihre Bauleitplanung die Trasse einer möglichen Ortsumgehung freihält.

Ratsherr Funke ist der Meinung, dass man voraussichtlich erst abwarten wird, ob die A20 zu einer Realisierung kommt, bevor man auf bundespolitischer Ebene

entscheidet, ob eine Ortsumgehung für Varel realisiert werden soll. Er hat sich auf eine sehr lange Planungs- bzw. Wartezeit eingestellt. Herr Buchholz weist darauf hin, dass die Stadt Varel jetzt die Möglichkeit hat, den Weg für die Zukunft zu ebnen. Eine solche Chance sollte nicht vertan werden, ansonsten kann die Stadt Varel in absehbarer Zeit nicht mit der Realisierung einer Ortsumgehung rechnen.

Bürgermeister Wagner weist darauf hin, dass die Stadt Varel wissen sollte, was sie will. Man sollte sich zügig eine Meinung bilden und dann entsprechend politisch äußern. Jetzt können die Weichen für zukünftige Entwicklungen gestellt werden.

Ratsherr Mahouachi fragt, ob bei der verkehrswirtschaftlichen Untersuchung auch Ausweichverkehre auf Grund der Zählungen berücksichtigt worden sind. Hierzu führt Herr Bischoff aus, dass das genutzte Modell solche Verkehre berücksichtigt. Er geht davon aus, dass für die Stadt Varel eine sehr gute Datengrundlage vorhanden ist.

Ratsherr Mahouachi fragt des Weiteren, nach welchen Systemen die PKW-Fahrer befragt worden. Herr Bischoff führt hierzu aus, dass es sich hier um eine zufällige Auswahl handelte. Es wurden jeweils Kolonnen von PKW's angehalten und befragt, sofern es das Verkehrsaufkommen entsprechend zuließ.

Abschließend weist Herr Fries von der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr darauf hin, dass die Ergebnisse der verkehrswirtschaftlichen Untersuchungen in circa 2 Wochen auf der Internetseite seiner Behörde zur Verfügung gestellt werden.

Zur Beglaubigung:

gez. Jürgen Rathkamp
(Vorsitzende/r)

gez. Matthias Blanke
(Protokollführer/in)